

# „Europa als Schlüsselmoment politischen Lebens“

**Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verhandelt derzeit darüber, ob der EU-Reformvertrag von Lissabon unter anderem eine Einschränkung der Demokratie in den Mitgliedsländern bedeutet. Unsere Leserin Clara Fischer fragt nach den Eckpunkten dieses Vertragswerks, nach seinen Intentionen sowie danach, wie sich ein mögliches „Nein“ aus Karlsruhe auf den Integrationsprozess auswirken würde. „Dialog“ gab die Fragen weiter an einen ausgewiesenen Europa-Experten. Seine Antwort:**

Das Bundesverfassungsgericht kann Europa in die tiefste Krise der Nachkriegsgeschichte stürzen – wenn es „Nein“ sagt zum Lissabon-Vertrag. Der Vertrag begrenzt auch die Kompetenz der obersten deutschen Richter. Daher darf sich niemand über deren sensible Aufmerksamkeit und Sympathie für die Kläger wundern.

Halten wir uns den großen historischen Sachverhalt vor Augen, um den es gegenwärtig geht. Europa ist zum Schlüsselmoment unseres politischen Lebens geworden, zum Kern

der Machtarchitektur: von der dramatischen Wirtschafts- und Finanzkrise, der Energieversorgung bis zum Afghanistan-Engagement, dem Georgienkrieg und dem Nahost-Konflikt ist die EU zum Fokus politischer Lösungen geworden.

Europas strategischer Zugriff aber bleibt in allen diesen Fällen zu langsam und zu diffus. Der Kontinent wollte dies dringend ändern. Er versuchte, sich eine Verfassung zu geben. Dies scheiterte 2005 in Frankreich und den Niederlanden. Sofort unternahm man unter deutscher Führung einen Rettungsversuch – mit dem Vertrag von Lissabon, der die wichtigsten Reformansätze aus der Verfassungsdebatte zu realisieren versucht:

- Der Vertrag will die Demokratie stärken. Dazu erhält das Europäische Parlament mehr Kompetenz. Mit dem Mitentscheidungsverfahren als Regelverfahren wird die Europäische Union zum Zwei-Kammer-System. Außerdem erhalten die nationalen Parlamente größeren europäischen Einfluss. Eu-

ropäische Volksbegehren werden ermöglicht.

- Der Vertrag will die Legitimation der Europapolitik stärken. Dazu wird ein entscheidender Mangel abgeschafft, der bisher besteht: Die Stimmgewichtung im Ministerrat hatte eine skandalöse Asymmetrie im Entscheidungsprozess herbeigeführt – auch zulasten Deutschlands. Wenn die Bürger dies handfest spüren, ist eine elementare Legitimationskrise unausweichlich. Die Abschaffung dieser Regel ist einer der wichtigsten Fortschritte des Vertrages – auch für Deutschland.

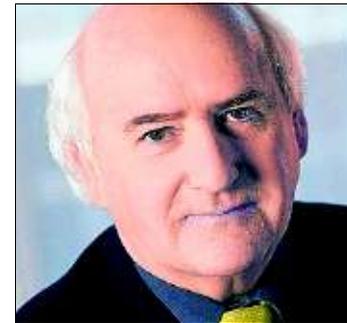
- Der Vertrag will das europäische Handeln effektiver machen. Dazu strafft er die Entscheidungsverfahren und reduziert ihre Vielfalt. Außerdem personalisiert er die Politik – durch die Wahl des Präsidenten des Europäischen Rates und die Einsetzung eines Verantwortlichen für die Außen- und Sicherheitspolitik.

- Der Vertrag ermöglicht die Differenzierung nach innen und nach außen. Europa muss nicht auf den letzten Staat warten

und muss diesen nicht zu ungewollten Schritten zwingen. Deshalb eröffnet der Vertrag über die so genannte „verstärkte Zusammenarbeit“ die Chance für modernes, flexibles Vorgehen.

- Der Vertrag versucht mehr Klarheit zu schaffen, indem er auflistet, welche Ebene wofür zuständig ist. Ein Stück weit kann dies die Konfusion im Wirrwarr regionaler, nationaler und europäischer Kompetenzen reduzieren.

Der Vertrag von Lissabon enthält Lösungen, um die Europa



**Werner Weidenfeld** ist Politikwissenschaftler in München.

seit Jahrzehnten vergeblich gerungen hat. Und dennoch klingen die Argumente der Kläger nicht völlig abwegig. Sie werfen den Vertragsunterzeichnern eine Entstaatlichung der Bundesrepublik und eine Entdemokratisierung vor. Das ist nicht mit den Kernpunkten des Vertrags zu belegen. Es ist anzuführen nur, wenn man die großen, faktischen Transformationen aus den zu klein gewordenen Nationalstaaten auf die europäische Ebene übersieht – und wenn man sich in den vielen bürokratischen Details des Vertrags verliert.

Die Autoren des Lissabon-Vertrages haben sich ja leider nicht auf die großen politischen Eckpunkte beschränkt. Sie haben sich stattdessen in ein bürokratisches Monstrum von mehreren hundert Seiten gestürzt.

Mit diesen selbst für Experten nur schwer transparent zu machenden Einzelheiten können sich die Vertragsgegner bewaffnen – sei es als populistische Anführer in Irland, sei es als

rechtswissenschaftliche Interpreten vor dem Bundesverfassungsgericht. Hier sitzt Europa in der Falle seiner Intransparenz.

Damit ist das Dilemma klar: Der Kontinent braucht die Integration dringender denn je. Europa muss dazu handlungsfähig sein, will es nicht im Wirrwarr der Aufgaben versinken. Wenn es aber dazu die Zustimmung der Bürger haben will, dann muss es transparent sein.

Das Bundesverfassungsgericht könnte dieses Dilemma auflösen. Es müsste gleichsam einen Spagat formulieren: Die Kernelemente des Vertrags sind demokratisch begrüßenswert und verfassungskonform. Die Verantwortlichen werden aber auch beauftragt, Transparenz zu schaffen, die jeder begreift. Daraus könnte für Europa statt einer Krise dann eine große Chance werden.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München.**